

GEWERKSCHAFT  
DER JOURNALISTINNEN  
UND JOURNALISTEN

DEUTSCHER  
JOURNALISTEN-  
VERBAND 

Justizariat  
Torstraße 49  
10119 Berlin  
TEL 030 726 279 2 - 30  
TELEFAX 02 28 - 2 01 72 32  
E-MAIL: moe@djv.de

13. Juni 2025 INTERNET: WWW.DJV.DE

### **Bitte um Stellungnahme im EuGH-Verfahren C-250/25**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Europäische Gerichtshof hat die EU-Mitgliedstaaten über das Vorabentscheidungsverfahren (C-250/25) informiert.

Dieses Verfahren ist von herausragender Bedeutung für den Schutz des Journalismus in Europa. Es geht um die grundlegende Frage, ob Betreiber generativer KI-Modelle journalistische Inhalte ohne Zustimmung und Vergütung nutzen dürfen. Eine theoretische Opt-Out-Möglichkeit existiert zwar, erweist sich in der Praxis jedoch als völlig unzureichend und wenig hilfreich. Sollte der EuGH dieses Vorgehen nicht klar untersagen, drohen gravierende Konsequenzen für den unabhängigen Journalismus. Inhalte, die unter hohem Aufwand recherchiert und erstellt werden, lassen sich durch generative KI in kürzester Zeit massenhaft replizieren. Während Journalist:innen die Arbeit leisten, profitieren andere wirtschaftlich davon. Dieses Marktversagen gefährdet nicht nur die wirtschaftliche Grundlage zahlreicher Medienschaffender, sondern auch die Meinungsvielfalt und damit die demokratische Öffentlichkeit. KI kann zwar Inhalte schneller erzeugen – doch sie basiert auf bestehendem Material, spiegelt Nutzerpräferenzen wider und ist nicht in der Lage, gesellschaftlich relevante Themen zu recherchieren, mit Menschen zu sprechen, unangenehme Wahrheiten auszusprechen oder als Vermittlerin zwischen Politik und Gesellschaft zu wirken. All das leisten Journalist:innen, nicht Algorithmen.

Zudem profitieren aktuell vor allem große Unternehmen aus den USA und China von einer weiten Auslegung der Text- und Data-Mining-Schranke – Unternehmen, die bereits jetzt den öffentlichen Diskurs dominieren. Die politischen Folgen eines solchen Ungleichgewichts zeigen sich aktuell in den USA. Es liegt auch in Ihrer Verantwortung, ein ähnliches Szenario in Deutschland rechtzeitig zu verhindern, solange das noch möglich ist.

Wir fordern Sie daher mit Nachdruck auf, sich für die Abgabe einer Stellungnahme der Bundesregierung einzusetzen und dem EuGH fristgerecht die Bereitschaft dazu mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Hanna Möllers  
DJV-Justiziarin